

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTOS: SPD BREMEN



Großes Foto: Martin Schulz auf dem Bremer Marktplatz, im Hintergrund (v. l. n. r.): Die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, Manuela Schwesig; der Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Carsten Sieling, und der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil.



Foto rechts oben: Der Moderator Dennis Eighteen im Gespräch mit unserer Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp, Carsten Sieling, dem SPD-Generalsekretär Hubertus Heil und Stephan Weil (v. r. n. l.).

Foto rechts unten: Viel Applaus erhielt Martin Schulz für seine Rede auf dem Bremer Marktplatz. Mit auf dem Foto: unsere Bundestagskandidatin Sarah Ryglewski und unser Bundestagskandidat Uwe Schmidt sowie die Bundestagsabgeordnete Christine Jantz-Herrmann (rechts), Kandidatin im Wahlkreis 34, Osterholz – Verden.

DER FUNKE HAT GEZÜNDET ...

Wir kämpfen! Der Wahlkampf geht bis zum 24. September, 18:00 Uhr



Olaf Scholz
Dienstag, 19. September 2017
Beginn: 19:00 Uhr

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
Kiechheide 49, Bremen-Vegesack

mit

Uwe Schmidt
Kandidat im Wahlkreis 55
Bremen II – Bremerhaven

Carsten Sieling
Bürgermeister,
Präsident des Senats

Halke Sprehe
SPD-Vorsitzende Bremen-Nord

spd.de

... titelte der Weser-Kurier nach der Auftaktveranstaltung der Kundgebungstour von Martin Schulz am 21. August auf dem Bremer Marktplatz. Dem ist nichts hinzuzufügen. Danke Martin Schulz für diesen schlagkräftigen Auftakt. Nun gilt es, um jede Stimme zu kämpfen!

Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird zu wenig in die Zukunft investiert. Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber der Wohlstand kommt nicht bei allen an. Mit einem kraftlosen „Weiter so“ lässt sich die Zukunft nicht gewinnen. Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Mut zur Gestaltung und vor allem mehr Gerechtigkeit. Deutschland kann mehr. Wir halten Europa zusammen. Martin Schulz packt an.

Wir kämpfen im Land Bremen für ein starkes Ergebnis für die SPD und wir wollen beide Wahlkreise mit Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt gewinnen. Der Wahlkampf endet mit Schließung der Wahllokale am 24. September, keinen Moment zuvor.

Ab 17:00 Uhr treffen wir uns am Wahltag in der „Stäv“, in der Böttcherstraße, Bremen, um den Wahlausgang gemeinsam zu verfolgen. Am Montag, 25. September 2017, 19:30 Uhr findet die Landespartei-konferenz zur „politischen Lage nach der Bundestagswahl“ im Treffpunkt KWADRAT (Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen) statt. ■



Olaf Scholz
Donnerstag, 14. September 2017,
Beginn: 16:30 Uhr **LIVE!**

Bremerhaven
Platz an der Großen Kirche

mit

Uwe Schmidt
Kandidat im Wahlkreis 55
Bremen II – Bremerhaven

**Oberbürgermeister
Melf Grantz**

**Senator
Martin Günthner**
SPD-Vorsitzender Bremerhaven

spd.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

MIT VEREINTEN KRÄFTEN IN DEN WAHLKAMPF-ENDSPURT: JETZT GILT'S!

Von Sarah Ryglewski

Dank starker Mannschaftsleistung unserer Mitglieder hängen überall in Bremen unsere Wahlplakate. Zum Endspurt legen wir jetzt gemeinsam nochmal richtig los! Denn die Bundestagswahl wird in den nächsten Wochen entschieden. Rund 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler treffen ihre endgültige Wahlentscheidung in den letzten Tagen oder gar den letzten 48 Stunden vor der Wahl. Jetzt heißt es, bis zur letzten Minute zu kämpfen.

Richtungsentscheidung

Am 24. September 2017 geht es um eine Richtungsentscheidung: Zwischen einer Gesellschaft, in der jeder für sich selbst kämpft und einer, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt. Investitionen, Bildungschancen, leistungsfähige Kommunen, gerechte Steuern und faire Löhne sowie eine arbeitnehmer- und verbraucherorientierte Politik sind die Grundlagen für soziale Gerechtigkeit und deshalb die Grundlagen unseres Regierungsprogramms, das die SPD und Martin Schulz der Stillstands-Politik von Angela Merkel entgegenstellen.

In die Zukunft investieren

Verantwortungsvolle Politik bedeutet, jetzt in die Zukunft unserer Gesellschaft zu investieren.

Wir wollen daher gesetzlich festschreiben, dass in den kommenden Jahren mehr Bundesmittel in Kitas, Bildung und bezahlbaren Wohnraum fließen. Wir dürfen nicht länger von unserer Substanz leben, Schulen und Brücken



verfallen lassen, nur weil CDU-Finanzminister Schäuble an seiner schwarzen Null festhält. Deswegen ist mein oberstes Ziel, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch den Bund zu sichern.

Gute Arbeit, sichere Renten

Wir müssen in den nächsten Wochen klar machen: Auch beim Thema Arbeitsmarktpolitik wird es nur mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung endlich einen Kurswechsel geben. Ich will prekäre und befristete Beschäftigung zurückzudrängen und das Rentenniveau anheben. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente, die vor Armut schützt und ein gutes Leben im Alter ermöglicht. Wir haben ein solide durchgerechnetes Konzept vorgelegt, das die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit angeht und mit dem Ausbau eines sozialen Arbeitsmarktes echte Perspektiven schaffen wird. Die Union hingegen kürzt nötige Haushaltsmittel, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

Gerechte Finanzmärkte

Gerechtigkeit heißt auch, dafür zu sorgen, dass sich alle an die Spielregeln halten. Deshalb wollen wir eine Finanzpolitik, die Verbraucher und nicht Banken schützt sowie eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Vermögende und Großverdiener sollen sich stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.

Gemeinsam in den Endspurt

Mit meinem „Roten Tisch“ und dem „Polit-Schnack“ bin ich in den Quartieren unterwegs. Mein Ziel ist, den Wahlkreis Bremen I direkt zu gewinnen und mit einem starken Wahlergebnis einen Beitrag dafür zu leisten, dass die SPD stärkste Kraft und Martin Schulz Bundeskanzler wird.

Entscheidend ist, die Unterschiede zur CDU/CSU herauszustellen und zuzuspitzen. Lassen wir die Union mit ihrem Wahlkampf, der jede inhaltliche Debatte verweigert, nicht durchkommen. Die Wähler haben ein Recht darauf zu wissen, wofür die Kandidaten und Parteien stehen, um darüber entscheiden zu können, wohin es in unserer Gesellschaft gehen soll. Schluss mit Aussitzen und Einlullen. Jetzt ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Bis zum Wahltag gilt, die Menschen in Bremen über Gespräche zu erreichen, sichtbar und ansprechbar zu sein, beispielsweise beim Tür-zu-Tür Wahlkampf. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, entscheidend sind die persönlichen Begegnungen am Infostand und bei den Hausbesuchen. Ich freue mich auf viele gemeinsame Aktionen mit Euch im Wahlkreis. Macht mit – gemeinsam gewinnen wir Bremen erneut für die SPD! ■

MITMACHEN & WEITERSAGEN

Ich bin bis zum 24. September in allen Stadtteilen unterwegs. Anbei findet Ihr eine Auswahl an Terminen, zu denen Ihr kommen und Euch beteiligen könnt. Weitere stehen auf meiner Homepage www.sarah-ryglewski.de. Ich freue mich über Eure Unterstützung. Lasst uns bis zum letzten Tag gemeinsam alles dafür tun, dass die SPD stärkste Kraft wird.

KONTAKT:

Büro Bremen
Sarah Ryglewski
Oberstr. 39-43
28195 Bremen

Ansprechpartnerin: Gisela Waltemathe
Tel: 0421 / 350 18 25
Fax: 0421 / 35 72 83
sarah.ryglewski@spd-bremen.org

TERMINE:

- Ellener Dorffest
Samstag, 2. September, 14.30 Uhr
Albert-Einstein-Schule, Kolk 2
- Weser-Talk in der Neustadt
Sonntag, 3. September, 10 Uhr
Filosoof im Sudhaus, Buntentorteinweg 120
- Stadtteilstfest SaVAHRI
Samstag, 9. September, 10.30 Uhr
Berliner Freiheit, Marktplatz
- Politischer Frühschoppen des Ortsvereins Osterholz
Sonntag, 10. September, 11 Uhr
Café im Park, Züricher Str. 40
- Weser-Talk in Walle
Sonntag, 10. September, 13 Uhr
Union Brauerei
Theodorstraße 12-13
- Zentraler Infostand
Freitag, 15. September, 16 Uhr
Sögestraße
- Weser-Talk in Oberneuland
Sonntag, 17. September, 10 Uhr
Grand Central, Alter Bahnhof Oberneuland,
Rockwinkeler Heerstraße 42b
- Zentraler Infostand
Freitag, 22. September, 11 Uhr
Sögestraße

Weitere Termine & Newsletterabo unter
www.sarah-ryglewski.de



Authentische, arbeitnehmersnahe, sozialdemokratische Politik für Bremen und Bremerhaven – aus Überzeugung.

FOTOS: NILS KUHLMANN

SOZIALDEMOKRATISCHE IDEEN SIND NÖTIGER DENN JE

Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

In den letzten beiden Ausgaben habe ich meinen privaten und politischen Werdegang beschrieben und deutlich gemacht, was ihr zu verschiedenen politischen Themen von mir erwarten könnt. Nun möchte ich die Gelegenheit nutzen, um aufzuzeigen, wieso es so wichtig ist, für eine starke SPD am 24. September zu kämpfen.

Wir sagen, wir gucken nicht auf Umfragen – Die Wahrheit ist, wir gucken wohl auf die Umfragen und was wir da sehen, gefällt uns nicht; ja, vielleicht verstehen wir es sogar nicht. Nach der letzten Bundestagswahl sind wir mit breiter Brust in die Koalitionsverhandlungen mit der Union gegangen und haben etwas Neues gewagt: Nicht der Parteivorstand entschied über das weitere Vorgehen, sondern alle Genossinnen und Genossen waren im Mitgliedervotum aufgerufen, darüber zu entscheiden, ob wir unsere Ideen eines sozialeren Landes als Juniorpartner in der Großen Koalition verwirklichen wollen, oder ob wir aus der Opposition zusehen und kommentieren sollten. Die Zustimmung für eine Regierungsbeteiligung war – unter großer Beteiligung der Mitglieder – groß. Mindestlohn, Regulierung von Leih- und Zeitarbeit, die doppelte Staatsbürgerschaft und nicht zuletzt die Ehe für alle sind nur einige der vielen, daraus resultierenden Verbesserungen für die Menschen in unserem Land und alle tragen unsere Handschrift.

Also schauen wir heute auf die Umfragen und fragen uns: Wieso nicht mehr für die SPD? Martin Schulz hat gesagt, dass es nicht um die Frage geht, wer wird Bundeskanzler und wer nicht. Es geht um die Frage, wie führen wir unser Land in den kommenden vier Jahren und hier bieten wir einen klaren Kurs. Wir setzen auf Inhalte, sagen was wir wollen und sagen vor allem auch, was wir nicht wollen:

Wir dürfen uns vom inhaltsleeren Sonnenscheinwahlkampf der Union nicht kirre machen lassen. Lasst sie „Vollbeschäftigung“ als Ziel rausgeben – unser Ziel ist es nicht, Menschen in Maßnahmen zu parken, damit sie aus der Statistik fallen und man über gesunkene Arbeitslosenzahlen jubeln kann.

Wir sehen in den Stadtteilen und den Quartieren, dass es Menschen in unserer Gesellschaft gibt, die den Anschluss verloren haben, die von alleine nicht mehr Fuß fassen können. Die werden wir nicht für eine hübsch gerechnete Arbeitslosenstatistik opfern. Erst der Mensch, dann die Statistik. Diesen Menschen werden wir mit kommunalen Arbeitsmarktprogrammen helfen, unterstützt durch Mittel des Bundes, um die gesellschaftliche Teilhabe allen zu ermöglichen.

■ Wer gesellschaftliche Teilnahme durch Arbeit für alle will, der muss SPD wählen.

- Wer will, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden, der muss SPD wählen.
- Wer will, dass die Hartz-Gesetze korrigiert werden, der muss SPD wählen.
- Wer will, dass Krankenkassenbeiträge stabil bleiben und wir nicht weiter in eine Zwei-Klassen-Medizin abdriften, der muss SPD wählen.
- Wer will, dass Leih- und Zeitarbeit weiter zurückgedrängt wird, der muss SPD wählen.
- Wer will, dass der Bund sich stärker finanziell an Bildung beteiligt, der muss SPD wählen.
- Wer will, dass seine Kinder und Enkelkinder nicht in einem kaputtgesparten Land aufwachsen und leben, der muss SPD wählen.
- Wer will, dass sich Europa weiterentwickelt und wir uns nicht oberlehrerhaft, sondern als guter Nachbar präsentieren, der muss SPD wählen.

Die Umfragen mögen zurzeit nicht schön anzusehen sein, aber darum geht es nicht. Es geht um mehr Gerechtigkeit für alle Menschen in unserem Land – Dafür stehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, das ist unser Kompass und das ist unsere Motivation, seit nun mehr als 153 Jahren. Gewählt wird am 24. September 2017 bis 18:00 Uhr – bis dahin freue ich mich auf den Wahlkampf an eurer Seite, für Bremen und Bremerhaven, für die nächsten vier Jahre. ■

Im Gespräch: Zehn Jahre Rot-Grün in Bremen

Seit zehn Jahren regieren SPD und Bündnis 90/Die Grünen nun gemeinsam in Bremen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, blickt zurück.

Zehn Jahre Rot-Grün in Bremen – wie bewertest Du diese Zeit?

Björn Tschöpe: Das Wichtigste: Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze konnte in dieser Dekade um mehr als 45.000 gesteigert werden. In Bremen gibt es jetzt mehr Arbeitsplätze als jemals in der Geschichte des Bundeslandes. Hierzu haben neben Arbeitnehmern und Unternehmern auch die Arbeits- und Wirtschaftspolitik von Rot-Grün beigetragen. Die Selbständigkeit unseres Bundeslandes konnte mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gesichert werden. Dieses wäre nicht zu erreichen gewesen, wenn wir nicht den vereinbarten Konsolidierungspfad eingehalten und dabei den Auftrag der Landesverfassung, „eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird“ weiter umgesetzt hätten.



Björn Tschöpe

Bremen hat im Vergleich zu vielen anderen Städten die Ankunft von Schutzsuchenden solidarisch, friedlich und effizient bewältigt. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

An welche Themen erinnerst Du Dich?



Foto: Tom Kleiner/Pixelio.de

Rot-Grün hat eine Vielzahl von Themen bearbeitet die entweder dem Ausbau des sozialen Schutzes und der sozialen Gerechtigkeit dienen oder die eine notwendige gesellschaftliche Modernisierung beförderten. Zum ersten Block fallen mir ein: Die Einführung des Landesmindestlohns und der Privatisierungsbremse für öffentliche Unternehmen. Durch Letztere kann nicht ‚mal eben‘ das Tafelsilber verkauft werden, um kurzfristig Geld in die Haushaltskasse zu spülen – wie es die CDU lange mit der Forderung nach einem Verkauf der Gewoba wollte. Derartiges ist jetzt per se nicht mehr möglich, ohne die eigentlichen Eigentümer, nämlich die Bremerinnen und Bremer, zu fragen. Zudem haben wir ein Landeskorrupsionsregister eingeführt sowie das Tariftreue- und Vergabegesetz verschärft, sodass es nun eine „schwarze Liste für schwarze Schafe“ bei der öffentlichen Auftragsvergabe gibt. Wir haben das Wohnungsaufsichtsgesetz eingeführt, das Mindestwohnbedingungen sichert. Und wir haben die Beteiligung der Deutschen Fußball-Liga an den Po-

lizeinsatzkosten beschlossen, mit dem Ziel, die Kosten bei Hochrisikospiele von der Allgemeinheit auf den milliardenschweren Unterhaltungskonzern DFL zu verlagern. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Modernisierung erinnere ich mich an: Die volle rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Lebensgemeinschaften im Landesrecht schon zu Beginn von Rot-Grün, die Liberalisierung des Friedhofszwangs, der Staatsvertrag mit den muslimischen Gemeinden, die Modernisierung der Volksgesetzgebung. Das waren mal große, aber auch mal kleine Themen. Fast vergessen ist die bildungspolitische Großtat dieser Koalition: der Schulfrieden von 2009. Damit haben wir endlich Schluss gemacht mit fruchtlosen Systemdiskussionen im Bildungsbereich, und stattdessen die Voraussetzung geschaffen, um die Kraft der Schulen und der Politik in die Qualitätsverbesserung zu stecken.

Wie siehst Du die Zukunft von Rot-Grün?

Klar ist, dass wir deutliche sozialdemokratische Schwerpunkte in den Politikfeldern Arbeit, Wirtschaft, Wohnungsbau und Bildung setzen wollen. Koalitionen sind immer ein Kompromiss unterschiedlicher Partner und unterschiedlicher Schwerpunkte auf Zeit. Ich gehe davon aus, dass wir weiter fair, stabil und gemeinsam die Koalitionsvereinbarungen abarbeiten werden. Wir müssen weitere, beschleunigte Schritte unternehmen für die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes, für gute Arbeitsplätze, für mehr Wohnraum und gegen die soziale Spaltung in Bremen und Bremerhaven. Wenn man in dieser Zielsetzung und bei den dafür notwendigen Maßnahmen zusammenkommt, gibt es – wenn die Wähler das ermöglichen – aus meiner Sicht keinen Grund eine Zukunftsoption für Rot-Grün über 2019 auszuschließen. ■